
Belastendes Erbe?

Gespräch mit Jürgen Kocka über die
deutsche Geschichtswissenschaft nach
dem Ende der DDR *

Prof. Dr. Jürgen Kocka, geb. 1941 in Haindorf, Studium der Geschichte in Marburg, Wien, Berlin und Chapel Hill, N.C./USA, lehrte von 1973 bis 1988 Allgemeine Geschichte und Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld, seither ist er Stiftungsprofessor für Geschichte der industriellen Welt an der FU Berlin und seit 1991 Ständiges Mitglied des Wissenschaftskollegs zu Berlin.

Frage: In der ehemaligen DDR ist eine Fülle von Arbeiten zu historischen Themen, insbesondere zur Geschichte der Arbeiterbewegung erschienen. Hat davon irgendetwas Bestand über den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ hinaus?

Kocka: Es ist bemerkenswert, wie schnell die offizielle Ideologie marxistisch-leninistischer Prägung zusammengebrochen ist. Sie wird derzeit von nie-

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 9. April 1992 in Berlin.

mandem vertreten - sei es aus Überzeugung, sei es aus Opportunität. Das entwertet natürlich auch einen großen Teil der politiknahen Geschichtsliteratur, einschließlich vieler Arbeiten zur Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung, die bekanntlich sehr stark mit den Legitimationsbedürfnissen des Systems zu tun hatte und auf diese reagierte. Gleichwohl wird man sagen müssen, daß in vielen empirischen Studien, insbesondere auf dem Gebiet der Arbeiterschaft, in begrenzterem Maße auch auf dem der Geschichte der Arbeiterbewegung, wertvolle Arbeit geleistet worden ist, die den Zusammenbruch des Systems überdauern wird und wichtige Ansätze für andere Interpretationen geliefert hat.

Geschichtsschreibung, Geschichtswissenschaft dient häufig - und in diesem Fall ganz eindeutig - zur Legitimation der Herrschenden. Bedarf es insofern einer besonderen Vergangenheitsbewältigung für die DDR-Geschichtswissenschaft? Und wer muß sie leisten?

Ob das Wort Vergangenheitsbewältigung die beste Bezeichnung für das liefert, was notwendig ist, sei dahingestellt. Sicherlich bedarf es einer intensiven Diskussion der Geschichte der DDR und damit auch der Geschichte der Geschichtsschreibung in der DDR. Diese Diskussion hat begonnen, und zum Glück wird sie nicht nur von westdeutschen Historikern und Historikern aus anderen Ländern geführt, sondern zu einem guten Teil von einigen Historikern aus der ehemaligen DDR. Sofort zwischen Dezember 1989 und Dezember 1990 ist eine große Zahl von meist kleineren Beiträgen auf Konferenzen, auf Tagungen, in Zeitungsartikeln und in anderer Form aus der Feder von DDR-Historikern produziert worden. Diese werden jetzt übrigens in einem Band, der bei Klett-Cotta erscheint, zusammengefaßt und zusammen mit einigen Beiträgen aus Westdeutschland und einem Nachwort von mir veröffentlicht. Die Diskussion war in den ersten Monaten nach der Wende etwas intensiver als sie jetzt ist. Geleistet werden muß sie. Wir sollten bei dieser Bearbeitung der Vergangenheit den DDR-Historikern den Vortritt lassen. Trotzdem kann es nicht nur ihre Sache sein, darüber zu diskutieren, sondern das ist ein Gegenstand der gesamtdeutschen und darüber hinaus der internationalen Geschichtswissenschaft. Es ist noch viel zu tun auf diesem Gebiet. Man würde gern mehr wissen über die Gründe und Mechanismen, die zu bestimmten Geschichtsklitterungen, -Verzerrungen oder -Verkürzungen geführt haben.

Wie ist eigentlich die derzeitige Lage der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland? Wie sind die Universitäten ausgestattet, gibt es schon neue Forschungsinstitute oder ähnliches?

Zunächst einmal muß man darauf hinweisen, daß die großen, sehr großen Forschungsinstitute innerhalb der Akademie der Wissenschaften der DDR zum 31. Dezember 1991 geschlossen worden sind. Dazu gehören auch das Institut für Deutsche Geschichte, das Institut für Allgemeine Geschichte, das Institut für Wirtschaftsgeschichte und das Zentralinstitut für Alte Geschichte und

Archäologie. Ein großer Teil der dort arbeitenden Wissenschaftler ist jedoch durch eine Vielzahl von Begutachtungsausschüssen zur Weiterbeschäftigung, sei es an Universitäten, sei es an anderen Forschungsinstitutionen empfohlen worden. Wir sind inzwischen dabei, einige kleinere Forschungsinstitute universitätsnah, aber gleichwohl selbständig neu zu gründen, die sogenannten Geisteswissenschaftlichen Zentren, die der Wissenschaftsrat zur Gründung in Berlin, Potsdam, Halle und Leipzig vorgeschlagen hat - sieben Zentren mit je etwa 25 Wissenschaftlerstellen, die sowohl von ostdeutschen wie von westdeutschen Forschern besetzt werden sollen. Dazu gehören auch das Zentrum oder wie man jetzt sagt, der Forschungsschwerpunkt für Zeithistorische Studien in Potsdam, der Forschungsschwerpunkt für Aufklärungsforschung in Halle und der Forschungsschwerpunkt für Geschichte und Kultur Ost-Mittel-Europas in Leipzig. Dort wird ein Teil der meist jüngeren Historiker aus der ehemaligen DDR wohl Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten finden, wenn es endgültig gelingt, was ich sehr hoffe, diese Zentren zu gründen. Und schließlich ist natürlich an die Universitäten zu denken. Dort besteht einerseits viel institutionelle Kontinuität: Keine einzige Universität ist geschlossen worden, nur ein geschichtswissenschaftlicher Fachbereich, nämlich der in Jena, ist - wie man sagt - abgewickelt worden. Ansonsten geht die Erneuerung des Personals im Augenblick vor sich durch die Arbeit von Berufungskommissionen. Die Geschwindigkeit der Erneuerung in den Hochschulen ist ganz unterschiedlich. In Berlin an der Humboldt-Universität sind 18 Rufe ergangen, acht davon sind bereits angenommen worden. In Jena gibt es sieben neue Professoren, dagegen hat sich in Leipzig bisher kaum etwas geändert.

Eine Nachfrage: Man hört, daß die wissenschaftliche Arbeit an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR erschreckend ineffektiv gewesen sei, und daß die wissenschaftliche Ausbildung höchst einseitig und mangelhaft war. Trifft ein ähnlicher Befund für die Geschichtswissenschaft auch zu?

Man muß da differenzieren. Es ist richtig, daß die Geschichtswissenschaft erheblich unter den Bedingungen der Diktatur gelitten hat. Es hat Zensur und Selbstzensur, Gängelung und Kommunikationsverbote, Tabus und Einseitigkeiten gegeben, die zu Beschädigungen und zu Verzerrungen geführt haben, welche nur allmählich korrigiert werden können. Dies ist ein belastendes Stück Erbe, mit dem das entstehende gesamtdeutsche Wissenschaftssystem auch im Bereich der Geschichte zurecht kommen muß. Auf der anderen Seite ist in der DDR eigentlich immer auch gut fundierte empirische Arbeit geleistet worden und auf einzelnen Gebieten - ich nenne die Agrargeschichte, die vergleichende Revolutionsforschung, die historisch orientierte Volkskunde, die historische Klassenanalyse, auch Forschungen zum Imperialismus und zu den Weltkriegen - sind sogar hervorragende Ergebnisse erzielt worden, die weit über Ostdeutschland hinaus im Westen, sowohl im westlichen Deutschland wie im westlichen Ausland, große Aufmerksamkeit erregt haben und Geltung über den Bereich des Marxismus-Leninismus hinaus gewonnen haben. An

diese Traditionen kann man anknüpfen, aber man wird einräumen, daß in der Regel die Spezialisierung der Wissenschaftler in der DDR sehr weit gegangen ist - die Promotion A und die Promotion B, also die Dissertation und die Habilitation, lagen zum Beispiel bei vielen Wissenschaftlern viel zu eng beieinander. Dieses Maß an Spezialisierung gehört zu den nachteiligen Traditionen, die jetzt in die Geschichtswissenschaft Gesamtdeutschlands eingebracht werden.

Die Geschichte der DDR ist - Sie haben es bereits erwähnt - eine Geschichte von Unterdrückungs- und Bespitzelungsmechanismen, von bürokratischen Herrschaftsstrukturen, einer spezifischen Ideologie, aber auch von beschwerlichem Alltag, von den berühmten Nischen, von den Menschen, die das Land verlassen haben oder dem Regime passiv oder gar aktiv widerstanden, gewesen. Wie soll diese Geschichte „aufgearbeitet“ werden und wer kann das eigentlich tun und mit welchen methodischen Mitteln?

Sie haben völlig recht. In der DDR ist die Geschichtswissenschaft stärker gegängelt und instrumentalisiert und ideologisiert gewesen als etwa in Ungarn oder Polen. Insofern ist das Bedürfnis, zu einer grundlegenden Erneuerung zu kommen, in bezug auf die ehemalige DDR viel ausgeprägter als etwa in Ungarn oder in Polen. Sie ist in Deutschland auch leichter möglich als dort, denn hier stehen ja im Prinzip Wissenschaftler, die dieselbe Sprache sprechen, nämlich aus Westdeutschland, bereit, in neu ausgeschriebene Stellen einzurücken. Das geschieht im Augenblick in einem beachtlichen Ausmaß. Andererseits ist es notwendig und möglich, mit einem großen Teil der bisherigen Historikerschaft weiterzuleben und zu kooperieren. Ich setze dabei auf die Zeit und auf die Kraft der Diskussion. Ich hoffe auf die sogenannte Durchmischung, die Herstellung von Verhältnissen, in denen ostdeutsche und westdeutsche Wissenschaftler in ein und derselben Institution an gemeinsamen Projekten zusammenarbeiten. Ich gehe von der aufklärenden und auf die Dauer auch heilenden Kraft der wissenschaftlichen Arbeit aus, von der ich annehme, daß sie im Laufe einiger Jahre Verzerrungen und Verkrümmungen, die jetzt zweifellos vorhanden sind, allmählich mildert und ausgleicht. Auch ist daran zu erinnern, daß die Historikerschaft der ehemaligen DDR - soweit sie in Führungspositionen war - ein durchschnittlich hohes Alter hat. Viele gehen also in den Ruhestand und Vorruhestand. Dieser demographische Mechanismus wird mehr und mehr dazu beitragen, die Situation zu erleichtern.

Eine Frage zu den Quellen, die ja für den Historiker nach wie vor entscheidend wichtig sind, und sodann zur Kompetenz: Gibt es für die soziale Wirklichkeit in der ehemaligen DDR hinreichend gesichertes und aussagefähiges Quellenmaterial? Und gibt es hinreichend Kompetenz bei den westlichen Historikern, um zu verstehen und vermitteln zu können, was in diesen 40 Jahren geschehen ist?

Es gibt eine Vielzahl von Quellen, die jetzt zum ersten Mal für die unvoreingenommene und nicht gegängelte wissenschaftliche Forschung zugänglich werden - von den Akten, den Protokollen des Ministerrats über die Protokolle der Parteiorgane bis hin zu den Unterlagen der Kommunalverwaltungen, der Bezirksleitungen der SED und der Unternehmen. Diese Quellen jetzt zu sichern, ist eine große Aufgabe. Ich bin froh, daß etwa das Bundesarchiv und andere Institutionen dabei sind, diese Sicherungs- und Erschließungsarbeit zu leisten. Die Gründung einer unabhängigen Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs ist ein wichtiger Schritt dazu. In dieser Stiftung werden die Akten der SED, des ehemaligen Parteiarchivs und die Archive der Massenorganisationen wie FDGB und FDJ gesammelt und der Forschung zur Verfügung gestellt werden. Ich hoffe sehr, daß es dabei bleibt und nicht doch plötzlich noch eine 30-Jahres-Frist eingeführt wird, die bekanntlich in anderen Situationen die Arbeit der Zeithistoriker nicht gerade erleichtert. Was die Kompetenz angeht, so denke ich schon, daß ausgebildete Historiker - ob sie nun aus Ostdeutschland, aus Westdeutschland oder aus anderen Ländern kommen—in der Lage sind, diese Quellen zu erschließen und sich so in eine ihnen fremde historische Konstellation einzuarbeiten.

Das sind wir als Historiker ja gewohnt: Wir haben es sehr häufig mit fremden Kulturen und historischen Konstellationen zu tun, die man zunächst kennenlernen muß, um sie adäquat zu interpretieren. Aber sicherlich ist dabei die Mitarbeit derjenigen Historiker erwünscht, für die die Geschichte der zweiten deutschen Diktatur gleichzeitig auch eine unmittelbare Lebenserfahrung gewesen ist. Insofern ist viel zu erwarten von der Kooperation von Historikern aus dem Westen und aus dem Osten bei der anstehenden Aufgabe, die Geschichte der DDR neu zu schreiben. Dies ist eine riesengroße Chance für die Zeitgeschichte, von der auch Wirkungen für die vergleichende Forschung weit über die Geschichte der DDR hinaus ausgehen wird.

Welchen Beitrag kann denn die Geschichtswissenschaft in der aktuellen Stasi-Debatte leisten?

Die Mühlen der Geschichtswissenschaft mahlen langsam. Die wissenschaftliche Arbeit, auch die geschichtswissenschaftliche Arbeit ist so beschaffen, daß sie nicht von einem Monat auf den anderen fundierte Ergebnisse liefern kann. Dies dauert seine Zeit. Da muß man schon in Zeiträumen von mehreren Jahren denken. Für verschiedene Aufgaben wird es sogar noch länger dauern. Insofern ist es schon sehr gut, daß die Öffentlichkeit nicht allein auf die Ergebnisse der Geschichtswissenschaftler angewiesen ist, sondern daß Institutionen wie die Enquete-Kommission des Bundestages oder die Foren zur Aufklärung der Vergangenheit in der DDR tätig werden, so daß nicht untätig gewartet werden muß, bis die geschichtswissenschaftlichen Ergebnisse in Form von Quelleneditionen und gründlichen Monographien vorliegen. Aber es wird ohne die Mithilfe von Historikern nicht gehen. Ich sehe, daß eine zunehmende Zahl von professionellen Historikern sich diesen spannenden, sowohl wissen-

schaftlich wie politisch wichtigen Themen widmet. Und ich denke, daß die Geschichtswissenschaft einen erheblichen Beitrag zur Bearbeitung dieses Stückes unserer gemeinsamen Vergangenheit liefert und liefern wird.

Hinsichtlich der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus hat es schon vor dem Niedergang des real existierenden Sozialismus Ermüdungsercheinungen gegeben, die nach dessen Fall verstärkt worden sein dürften. Sehen Sie denn auf absehbare Zeit neue Chancen für die Geschichtsschreibung von Arbeiterbewegung und Sozialismus?

In der Tat hat die Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung in den vergangenen Jahren nicht mehr so im Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses gestanden, wie das vor allem in den sechziger und siebziger Jahren der Fall war. Durch den Zusammenbruch des diktatorischen Kommunismus ist aber andererseits eine neue Chance eröffnet worden. Man wird über die Entwicklungschancen wie -hindernisse sozialistischer Entwürfe neu und im Lichte neuer Quellen nachdenken können. Man wird aus der Rückschau Fragestellungen aufwerfen können, die wir nicht entwickeln konnten, solange dieses sowjetisch beherrschte real-sozialistische Lager bestand. Ich denke besonders, daß, ausgehend vom Interesse am Aufstieg, an Krisen und Perspektiven der Zivilgesellschaft (Bürgergesellschaft), auch neue Fragen an die Arbeiterbewegungsgeschichte und an die Geschichte des Sozialismus gerichtet werden können. Man kann den demokratischen Sozialismus ja durchaus als eine grundsätzliche Herausforderung der Bürgergesellschaft interpretieren. Eine Herausforderung, die gleichzeitig dazu beigetragen hat, diese Bürgergesellschaft dazu zu zwingen, sich ihren eigenen Ansprüchen gemäß weiterzuentwickeln und demokratischer, sozialer und gerechter zu werden.

Unter diesen Perspektiven gibt es neue Fragen an die Geschichte der Arbeit, der Arbeiter sowie an die Geschichte des Sozialismus. Es wird darauf ankommen, das nicht isoliert zu betreiben, sondern etwa Bürgergeschichte und Arbeitergeschichte in einen engeren Zusammenhang zu bringen. Denn in gewisser Weise hat sich die demokratische Arbeiterbewegung die hohen Ansprüche des bürgerlichen Modells, des Modells einer wirklich bürgerlichen Gesellschaft zu eigen gemacht und beim Wort genommen und gefordert, daß die Ansprüche nach Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, nach Demokratie, auch für die unteren Schichten, für den großen Teil der Bevölkerung Realität würden. Insofern gibt es eine enge Beziehung zwischen dem Aufstieg der Bürgergesellschaft und der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Arbeiterschaft. Solchen Fragen sollten Historiker in Zukunft näher nachgehen, und der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte, auch der Gewerkschaftsgeschichte von daher neue Impulse vermitteln. Ich sehe diesen Bereich der Geschichtswissenschaft mithin nicht als ein absterbendes Feld an, sondern als einen Bereich, in dem man unter neuen Bedingungen mit neuen Fragen zu neuen Ergebnissen kommen kann.

Ist es nicht so, daß man, von der aktuellen historischen Situation ausgehend, auf die Geschichte der Arbeiterbewegung, des Sozialismus als auf eine Geschichte von Verlierern schaut, bei denen der Keim des Verlierens schon ganz früh angelegt war? Und wird davon nicht auch der demokratische Sozialismus berührt?

Soche Einschätzungen sind in der Öffentlichkeit, bei Intellektuellen und vielleicht auch unter Historikern vorhanden. Man kann die Wende, die Revolution von 1989, in der Tat als Bekräftigung, Bestätigung nicht-sozialistischer Entwicklungs- und Modernisierungsvorstellungen verstehen, zumal das marktwirtschaftliche, bürgerliche, liberal-demokratische Modell von sozialistischer Seite immer stark angegriffen worden ist. Insofern ist etwas an der These, daß die Sozialisten verschiedenster Varianten Verlierer der Entwicklung der letzten Jahre gewesen sind. Allerdings sind zwei Argumente dagegen zu setzen: Zum ersten kommt es eben entscheidend darauf an, zwischen diktatorischem Sozialismus, Kommunismus auf der einen Seite und demokratischem Sozialismus andererseits zu unterscheiden, und zwar im Blick auf das gesamte zwanzigste Jahrhundert, nicht nur heute. Zum anderen braucht man kein großer Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß gerade nach dem Zusammenbruch des sogenannten real-sozialistischen Lagers die inneren Probleme der westlichen Welt in den nächsten Jahren nicht ab-, sondern zunehmen werden. In diesem Sinne könnte es sein, daß die Anknüpfung an gewisse demokratisch-sozialistische Traditionen helfen kann, Antworten auf die drängenden Probleme unserer Gegenwart und der nächsten Zukunft zu finden.

Es wird beklagt, daß die amtliche Politik der Bundesrepublik ebenso wie viele andere offizielle Stellen, auch die Wissenschaft, zu sehr mit ihren Pendants in der DDR Kontakt gepflegt hätten und zu wenig Wert auf Beziehungen mit Dissidenten, zu Bürgerbewegungen gelegt hätten. Gibt es ähnliche Vorhaltungen auch gegenüber der westdeutschen Geschichtswissenschaft?

Man mag mit der Kritik, daß sozialdemokratisch geprägte Politik zu wenig und zu spät Kontakt mit Dissidenten aufgenommen habe, übereinstimmen. Andererseits ist zu sagen, daß die Ostpolitik, wie sie seit 1969 betrieben worden ist, sehr erfolgreich war und eine wichtige Bedingung für den Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers geschaffen hat, indem sie jenes Maß an Entspannung und Normalität ermöglichte, welches Voraussetzung für die selbständigen Regungen und oppositionellen Ansätze war, die nach der Veränderung der sowjetischen Politik Mitte der achtziger Jahre zu diesem unerwarteten Umbruch geführt haben.

Für die Geschichtswissenschaft sehe ich die von Ihnen erwähnten Vorwürfe kaum als berechtigt an, denn wenn es überhaupt Kontakte auf professioneller Ebene gegeben hat, dann konnten sie eben nur mit den Mitgliedern der Profession innerhalb der DDR unterhalten werden. Dort haben ja Dissidenten leider nie eine große Rolle gespielt. Insgesamt waren derartige Kontakte nicht sehr ausgeprägt. Bis in die späten achtziger Jahre traf man Kollegen aus der

DDR eher auf einer internationalen Konferenz als im direkten Austausch, sei es in Westdeutschland oder sei es in der DDR. Die Verbindungen zwischen ost- und westdeutschen Historikern waren weit weniger stark entwickelt als die Kontakte auf der politischen Ebene, so daß ein Vorwurf, wonach sich die westdeutschen Historiker zu sehr mit den etablierten Historikern der DDR eingelassen hätten, kaum Nahrung finden kann.

Es wird viel über Ähnlichkeiten der „Vergangenheitsbewältigung“ - ich benutze dieses mißverständliche Wort noch einmal - nach 1945 und nach 1989 gesprochen. Sehen Sie solche Vergleichbarkeiten?

Ich plädiere sehr für den Diktaturenvergleich. Ich glaube, daß es wissenschaftlich produktiv und auch politisch sinnvoll ist, nach Ähnlichkeiten und Unterschieden der beiden deutschen Diktaturen zu fragen - der zwischen 1933 und 1945 in Deutschland insgesamt und der, die sich seit 1946 östlich der Elbe entwickelt hat. Es gibt Ähnlichkeiten, was die Unterdrückung von Pluralität, die Beschneidung von Freiheit, die Bedrohung von Oppositionellen und Dissidenten, die Manipulation der Gesellschaft, was Geheimdienste und ähnliches angeht. Man sollte diese Ähnlichkeiten - Stichwort „Moderne Diktatur“ - herausarbeiten. Aber andererseits gehört zum historischen Vergleich eben immer auch und sehr stark die Frage nach Unterschieden. Vergleichen heißt: nach Ähnlichkeiten *und* Unterschieden fragen. Ich bin überzeugt davon, daß langfristig die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Diktaturen deutlicher ins Bewußtsein treten werden als ihre Ähnlichkeiten. Das fängt an bei der unterschiedlichen Zeitdauer der beiden Systeme und geht hin bis zu so grundsätzlichen Unterschieden, daß das nationalsozialistische Deutschland einen katastrophalen Krieg entfesselt hat, während dies von der DDR nicht gesagt werden kann. Zu den Unterschieden gehört auch, daß nichts dem Holocaust Vergleichbares in der DDR geschah. Und zu den Unterschieden gehört, daß - trotz aller diktatorischen Unterdrückung - gleichwohl, selbst noch in der verzerrtesten Form des diktatorisch gewendeten Sozialismus, Elemente seiner ursprünglichen Nähe zu humanistischem Gedankengut vorhanden sind, was man für das rassistisch geprägte Ideologiemisch des Nationalsozialismus nicht sagen kann. Aber auch was den Alltag des Lebens in diesen beiden Diktaturen angeht, wird die historische Forschung, speziell die Sozial- und Alltagsgeschichte, vermutlich neben einigen Ähnlichkeiten auch sehr viele Unterschiede aufzeigen können. Also: Ich bin für den Vergleich, aber nur für einen, der auch die auf der Hand hegenden und die noch zu erforschenden Unterschiedlichkeiten der beiden Diktaturen ernst nimmt.